

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Risiken durch Kampfmittelbelastung im Meer verringern

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass die Kampfmittelbelastung im Meer ein zunehmendes Risiko für Mensch und Umwelt darstellt. Das bisherige Tempo bei der Beseitigung von Kampfmitteln aus dem Meer wird noch viele Generationen mit diesem hohen und weiter zunehmenden Risiko belasten.
- II. Der Landtag verpflichtet sich, das Risiko der Kampfmittelbelastung in der Ostsee auf eine der nächsten Beratungen des Parlamentsforums Südliche Ostsee sowie der Ostseeparlamentarierkonferenz auf die Tagesordnung zu setzen und gemeinsam mit den anderen Ostseeanrainern die Suche nach Lösungen zu intensivieren.
- III. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 1. gemeinsam mit den deutschen Küstenländern gegenüber dem Bund aktiv zu werden mit dem Ziel, das Kompetenzwirrwarr zu beenden und die Zuständigkeit für die Munitionsbelastung im Meer auf Bundesebene zu bündeln.
 2. nach Vorliegen der Ergebnisse des internationalen DAIMON-Projektes diese zur Risikobewertung und zum Aufbau eines Landes-Managements für munitionsbelastete Gebiete im Küstenmeer von Mecklenburg-Vorpommern zu nutzen. Gemeinsam mit den anderen Küstenländern ist Gleiches vom Bund für Ost- und Nordsee einzufordern.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Allein in der Ostsee liegen ca. 300.000 t konventionelle Munition am Meeresboden. Dazu kommen geschätzte 42.000 bis 65.000 t chemische Kampfstoffmunition, die nach dem zweiten Weltkrieg versenkt wurde. 70 Jahre nach Kriegsende sind die Gefahren etwa infolge Durchrostung und einer nicht mehr möglichen Bergung und Sprengung vor Ort größer denn je.

Laut Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Wolfgang Weiß „Munitionsbelastung im Küstenmeer - Auswirkungen auf Umsetzung des Landesraumentwicklungsprogramms“ (Drucksache 7/3551) ist vor der gesamten Ostseeküste Mecklenburg-Vorpommerns mit kampfmittelbelasteten Flächen in einer Größe von 15.139 Quadratkilometern zu rechnen. Diese in dieser Dimension neuen Erkenntnisse und die erforderliche Aufnahme dieser Flächen in das Kampfmittelkataster haben weitreichende Folgen auf Nutzungsänderungen und Infrastrukturvorhaben. Genehmigte Sandentnahmegebiete könnten innerhalb kampfmittelbelasteter Flächen liegen. Auch Auswirkungen auf die Umsetzung des vor wenigen Tagen genehmigten Offshore-Windparks „Gennaker“ vor Fischland-Darß-Zingst könnten vorhanden sein.

Es gilt, die verschiedenen Zuständigkeiten auf Bundesebene zu bündeln und ein Management aufzubauen für die Risikobewertung und bei der Wahl von Optionen zur Verringerung der Gefahren für Mensch und Umwelt. Dies sollte sowohl auf Landesebene, im Verbund mit den anderen deutschen Küstenländern, dem Bund und auch auf internationaler Ebene erfolgen.